Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

Am 18. Oktober 1989 dankte Erich Honecker, bis dahin mächtigster Mann der DDR, ab und die Stasi musste ihre Mitarbeiter auf eine politische "Wende" einschwören. Der Wochenbericht an die MfS-Führung beschäftigte sich unterdessen sehr genau mit den Forderungen der tausenden Demonstranten auf den Straßen des Landes.

Seit den 70er Jahren fungierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) als Schaltstelle der Geheimpolizei. Kernaufgaben dieser Diensteinheit waren die Auswertung von Informationen und die Erarbeitung von Berichten und Materialien zur Information des Ministers sowie der Partei- und Staatsführung. Diese Tätigkeit ging auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zurück, der das MfS und die SED überrascht hatte.

Die ZAIG fertigte u.a. Wochenberichte an, welche die wichtigsten Ereignisse der vorangegangenen Tage zusammenfassten. Das vorliegende Dokument umfasst den Zeitraum vom 17. bis zum 23. Oktober 1989. Am 18. Oktober wurde Erich Honecker "auf eigenen Wunsch" von seinen Ämtern entbunden, nur drei Tage später schwor die Stasi ihre Mitarbeiter auf eine politische "Wende" ein. Die Demonstrationen gegen das SED-Regime liefen unterdessen weiter.

Im Wochenbericht ist die Rede davon, dass die Protestmärsche angeblich rückläufig seien. Sehr detailgenau werden die Losungen und Aussagen der Demonstranten wiedergegeben. Zudem sind im Bericht alle größeren Demonstrationen in der DDR jeweils mit Datum und Teilnehmerzahl aufgelistet.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Datum: 23.10.1989

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Berlin, 23. Oktober 1989

BStU 000104

WOCHENÜBERSICHT Nr. 43/89

INHALTSÜBERSICHT: Seite:

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR 2

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen 8

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin 9

ANLAGEN: Anlage:

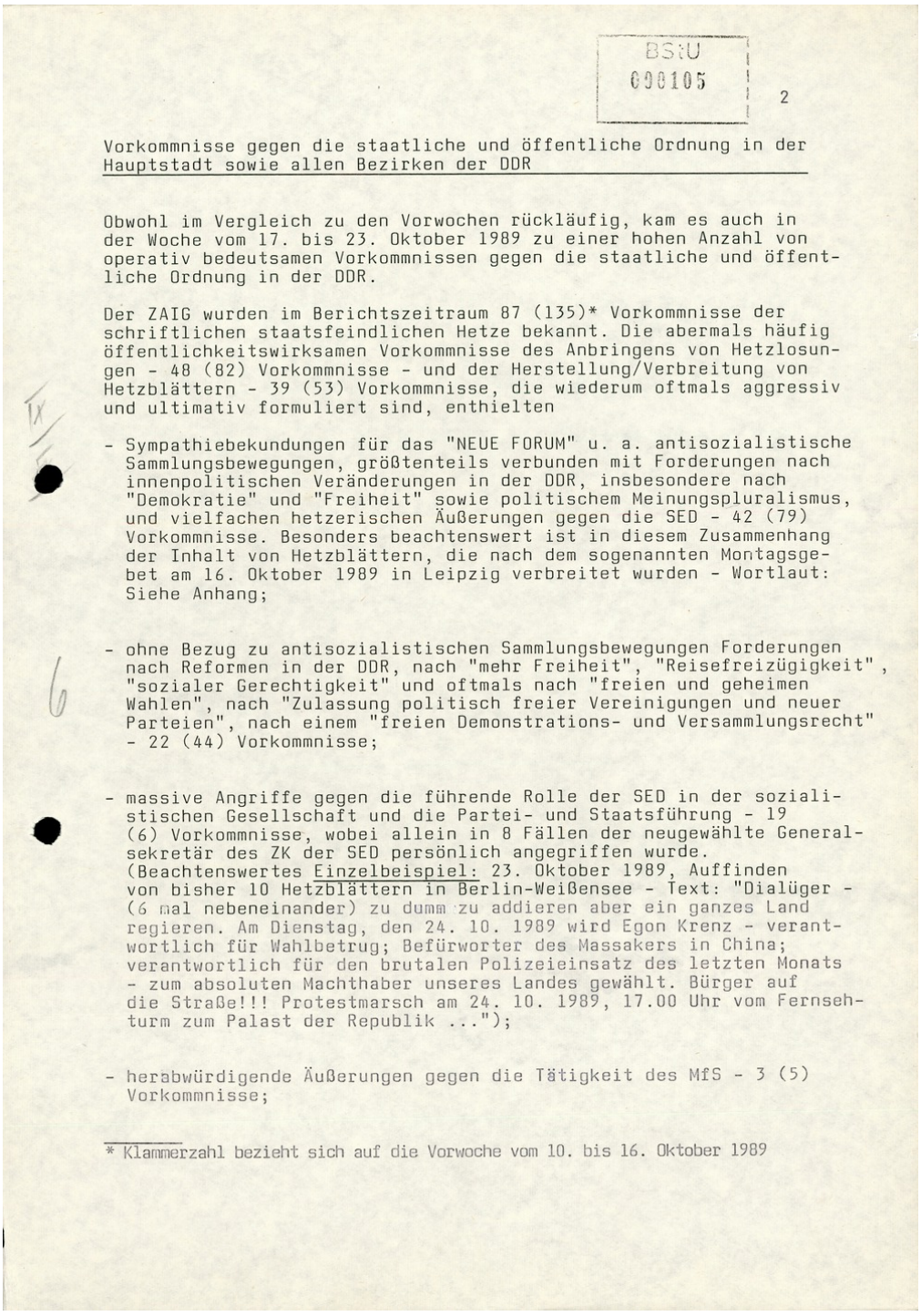
HINWEIS zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische Republik zum ungesetzlichen Verlassen der DDR 1

HINWEIS auf im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR 2

HINWEISE zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin (ohne Alters- und Invalidenrentner) 3

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



BStU
000105

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR

Obwohl im Vergleich zu den Vorwochen rückläufig, kam es auch in der Woche vom 17. bis 23. Oktober 1989 zu einer hohen Anzahl von operativ bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR.

Der ZAIG wurden im Berichtszeitraum 87 (135)* Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze bekannt. Die abermals häufig öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen - 48 (82) Vorkommnisse - und der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern - 39 (53) Vorkommnisse, die wiederum oftmals aggressiv und ultimativ formuliert sind, enthielten

- Sympathiebekundungen für das "NEUE FORUM" u. a. antisozialistische Sammlungsbewegungen, größtenteils verbunden mit Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere nach "Demokratie" und "Freiheit" sowie politischem Meinungspluralismus, und vielfachen hetzerischen Äußerungen gegen die SED - 42 (79) Vorkommnisse. Besonders beachtenswert ist in diesem Zusammenhang der Inhalt von Hetzblättern, die nach dem sogenannten Montagsgebet am 16. Oktober 1989 in Leipzig verbreitet wurden - Wortlaut: Siehe Anhang;

- ohne Bezug zu antisozialistischen Sammlungsbewegungen Forderungen nach Reformen in der DDR, nach "mehr Freiheit", "Reisefreizügigkeit", "sozialer Gerechtigkeit" und oftmals nach "freien und geheimen Wahlen", nach "Zulassung politisch freier Vereinigungen und neuer Parteien", nach einem "freien Demonstrations- und Versammlungsrecht" - 22 (44) Vorkommnisse;

- massive Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft und die Partei- und Staatsführung - 19 (6) Vorkommnisse, wobei allein in 8 Fällen der neugewählte Generalsekretär des ZK der SED persönlich angegriffen wurde. (Beachtenswertes Einzelbeispiel: 23. Oktober 1989, Auffinden von bisher 10 Hetzblättern in Berlin-Weißensee - Text: "Dialüger - (6 mal nebeneinander) zu dumm zu addieren aber ein ganzes Land regieren. Am Dienstag, den 24. 10. 1989 wird Egon Krenz - verantwortlich für Wahlbetrug; Befürworter des Massakers in China; verantwortlich für den brutalen Polizeieinsatz des letzten Monats - zum absoluten Machthaber unseres Landes gewählt. Bürger auf die Straße!!! Protestmarsch am 24. 10. 1989, 17.00 Uhr vom Fernsehturm zum Palast der Republik ...");

- herabwürdigende Äußerungen gegen die Tätigkeit des MfS - 3 (5) Vorkommnisse;

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 10. bis 16. Oktober 1989

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 105

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000106

- faschistisches Gedankengut - 1 (1) Vorkommnis.

Von den 87 Vorkommnissen des Anbringens von Hetzlosungen/der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern wurden bisher lediglich 5 (5) Vorkommnisse mit der Ermittlung von 8 (6) Tätern (18 bis 28 Jahre, Facharbeiter, darunter ein Antragsteller auf ständige Ausreise) geklärt, gegen die differenzierte Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Täter motivieren ihre Handlungsweisen mit ablehnenden politischen Grundeinstellungen zur DDR.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum der ZAIG 16 (19) Vorkommnisse anonymer Telefonanrufe bekannt, in denen erneut insbesondere Einrichtungen der Partei sowie Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS - jeweils auf Kreisebene - Bomben- und Gewaltakte sowie den Angerufenen persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht wurden. Von diesen Vorkommnissen wurden bisher 3 (1) Vorkommnisse geklärt (43, Bahnpostbegleiter, 16, Lehrling, 80, Altersrentner, Einleitung differenzierter Maßnahmen).

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens (Hetzlosungen/-blätter, Telefonanrufe) bildeten wiederum der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 21 (55) sowie die Bezirke Rostock mit 12 (18) und Erfurt mit 11 (13) Vorkommnissen.

Außerdem ist beachtenswert, daß es im Berichtszeitraum erneut zu z.T. großen Personenansammlungen kam, die den Charakter von Handlungen im Sinne des gewaltfreien Widerstandes trugen. Neben den bekannten Aktivitäten dieser Art

auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Leipzig (16. Oktober, ca. 70 000 Personen), Halle (16. Oktober, Marktplatz, ca. 1 500 Personen), Markneukirchen/Klingenthal/Karl-Marx-Stadt (18. Oktober, ca. 2 000 Personen), Greifswald/Rostock (18. Oktober, ca. 600 Personen), Neubrandenburg (18. Oktober, ca. 3 000 Personen), Stendal/Magdeburg (19. Oktober, ca. 500 Personen), Rostock (19. Oktober, ca. 1 500 Personen), Zeulenroda/Gera (19. Oktober, ca. 1 500 bis 2 000 Personen), Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 3 000 Personen, Rufe nach Legalisierung des "NEUEN FORUMS"), Klingenthal/Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 2 000 Personen), Olbernhau/Marienberg/Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 400 Personen), Dresden (20. Oktober, ca. 20 000 Personen), Dessau/Halle (20. Oktober, 1 500 Personen, Rufe: "NEUES FORUM zulassen"), Mühlhausen/Erfurt (20. Oktober, ca. 600 Personen, Äußerungen gegen das MfS), Plauen/Karl-Marx-Stadt (21. Oktober, ca. 25 000 Personen, Mitführen von ca. 50 Transparenten, u. a. mit Forderungen nach Legalisierung des "NEUEN FORUMS"), Rostock (21. Oktober, ca. 2 000 Personen), Berlin-Mitte (21. Oktober, ca. 800 Personen), Dresden (21. Oktober, ca. 600 Personen) und Mühlhausen/Erfurt (22. Oktober, ca. 1 000 Personen) sowie

in verschiedenen kirchlichen Einrichtungen in der Hauptstadt (insbesondere Gethsemane- und Erlöserkirche), von Magdeburg (16. Oktober, Dom und Innenhof des Doms, ca. 6 700 Personen, Teilnahme von Bischof DEMKE sowie der POPPE, des FISCHBECK und des SCHORLEMMER), Zwickau/Karl-Marx-Stadt (16. Oktober, Pauluskirche, ca. 260 Personen), Glauchau/Karl-Marx-Stadt (16. Oktober, Lutherkirche, ca. 400 Personen), Eisenach/Erfurt (16. Oktober, Gemeindezentrum ca. 250 Personen, Bildung von Arbeitsgruppen des "NEUEN FORUMS"),

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 106

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000107

Stralsund/Rostock (16. Oktober, Nikolaikirche, ca. 1 000 Personen), Bautzen/Dresden (16. Oktober, Maria-Martha-Kirche, ca. 2 400 Personen), Greiz/Gera (16. Oktober, Stadtkirche, ca. 890 Personen), Dresden (17. Oktober, 3 Kirchen, insgesamt ca. 12 000 Personen), Neuruppin/Potsdam (17. Oktober, Klosterkirche, ca. 1 000 Personen), Halle (17. Oktober, Schloß- und Stadtkirche, ca. 1 300 bzw. 900 Personen), Naumburg/Halle (17. Oktober, Wenzelkirche, ca. 350 Personen, Bildung von 11 Arbeitsgruppen des "NEUEN FORUMS"), Halberstadt/Magdeburg (18. Oktober, Martinikirche, ca. 1 000 Personen), Potsdam (18. Oktober, Friedenskirche, ca. 4 000 Personen), Proschen/Wismar /Rostock (18. Oktober, Treffen Rostocker Gruppe des "NEUEN FORUMS" mit ca. 1 500 Personen), Suhl (18. Oktober, Stadt- und Kreuzkirche, ca. 1 200 bzw. 1 000 Personen, Diskussion über Ziele/Aufgaben des "NEUEN FORUMS"), Rostock (19. Oktober, Marienkirche, ca. 5 000 Personen), Zittau/Dresden (19. Oktober, 3 Kirchen, insgesamt ca. 6 000 Personen), Plauen/Karl-Marx-Stadt (19. Oktober, Johanneskirche, ca. 1 900 Personen), Naumburg/Halle (19. Oktober, Wenzelskirche, ca. 1 200 Personen), Rudolstadt/Gera (19. Oktober, Stadtkirche, ca. 2 300 Personen) Suhl (20. Oktober, Hempelkirche, ca. 350 Personen), Neunkirchen/Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 700 Personen), Görlitz/Dresden (20. Oktober, 2 Kirchen, insgesamt bis 4 000 Personen, Informationsveranstaltungen des "NEUEN FORUMS"), Bischofswerda/Dresden (20. Oktober, ca. 400 Personen, Diskussion über "NEUES FORUM"), Dessau/Halle (20. Oktober, Johanneskirche, ca. 1 200 Personen), Ilmenau/Suhl (Jakobskirche, ca. 1 300 Personen) sowie Brandenburg/Potsdam (22. Oktober, Dom, ca. 2 500 Teilnehmer, Diskussion über Ziele/Aufgaben des "NEUEN FORUMS")

wurden weitere derartige Handlungen aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Gera und Erfurt sowie der Hauptstadt bekannt, die auf Massenwirksamkeit abzielten.

Karl-Marx-Stadt (2 Vorkommnisse):

- 17. Oktober 1989, Zwickau, Gemeindehaus der evangelisch-lutherischen Versöhnungskirche, Veranstaltung über Ziele und Aufgaben des "NEUEN FORUMS", ca. 200 Teilnehmer,

- 21. Oktober 1989, Beierfeld/Schwarzenberg, Veranstaltung in der evangelischen Gemeinde, bei der vor ca. 350 Personen das "NEUEN FORUM" bekannt gemacht wurde.

Potsdam (1 Vorkommnis):

- 21. Oktober, Demonstration von ca. 150 Personen durch das Stadtzentrum, wobei zwei Transparente mitgeführt wurden (Texte: "Abrüstung der Sicherheitsorgane, Dialog statt Gummiknüppel"; "Keine Repressalien gegen Andersdenkende").

Gera (1 Vorkommnis):

- 22. Oktober 1989, Demonstration von ca. 300 Personen nach kirchlichen Veranstaltungen, bei denen Rufe nach "Freiheit" in der DDR erfolgten und die Internationale gesungen wurde.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 107

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000108

Erfurt (4 Vorkommnisse):

- 20. Oktober 1989, "Vollversammlung" des "NEUEN FORUMS" Erfurt in der Predigerkirche mit ca. 1 150 Teilnehmern, wobei 9 Arbeitsgruppen des "NEUEN FORUMS" vorgestellt und für den 6. November 1989 die nächste Vollversammlung festgelegt wurden.

- 20. Oktober 1989, Gotha, "Freitagsgebet" in der Augustinerkirche mit 1 100 Teilnehmern, bei dem sich die antisozialistische Sammlungsbewegung "Demokratischer Aufbruch" vorstellte und ein Informationsmaterial einer Gruppierung "Böhlener Plattform" auslag (befaßt sich mit der Aufteilung des Territoriums der DDR in die Sektoren Sachsen, Thüringen, Berlin und Brandenburg).

- 20. Oktober 1989, Nordhausen, Konstituierung des "NEUEN FORUMS" Nordhausen in der Frauenbergkirche in Anwesenheit von ca. 600 Teilnehmern; nächste Zusammenkünfte: 28. Oktober und 5. November 1989.

- 21. Oktober 1989, Arnstadt, Zusammenkunft von etwa 400 Personen auf dem Rathausvorplatz, bei der Forderungen nach Reise- und Pressefreiheit, nach "freien und demokratischen Wahlen" erhoben wurden.

Hauptstadt (ein Vorkommnis):

- 17. Oktober 1989, Humboldt-Universität, Zusammenkunft von ca. 6 000 Studenten in 10 Hörsälen mit kontroversem Meinungsstreit über die Notwendigkeit der Bildung von Studentenräten und die Schaffung neuer Strukturformen an der Universität. Durch das Wirksamwerden gesellschaftlicher Kräfte konnte die Gründung einer von der FDJ unabhängigen Studentenvereinigung verhindert werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 108

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000109
6

ANHANG

Texte von in Leipzig am 16. 10. 1989 verteilten Hetzblättern

1. "Was nun? Mit der Erklärung des ZK der SED vom 11. 10. 1989 signalisierte der oberste Kreis der SED-Funktionäre Dialogbereitschaft. Tut er das wirklich? Der Kommentar des Dresdner Oberbürgermeisters -Berghofer- erklärt es:
Dialog ja, Forderungen nein. Damit ist wirklich alles gesagt. Es geht nicht ernsthaft darum, in der DDR neue politische Wege zu suchen, es geht darum, daß eine bestimmte Schicht von Privilegierten ihre Macht nicht verliert. Sie haben nicht mehr übrig als ein paar warme Worte und das selbst in diesen Tagen. Ein netter Dialog, der lediglich als Ventil für angestauten Ärger über dieses hoffnungslos stagnierende Land dienen soll, wird Veränderung eher hinauszögern als wirklich einleiten.
Und genau das wollen diese Herren doch: Zeit gewinnen, um ihr altes Imperium wieder stabilisieren zu können. Besonders die Kirchen könnten in dieser Situation zum Hemmschuh für wirkliche Erneuerungen werden, wenn sie den Dialog begrüßen, ohne seinen Ventilcharakter zu erkennen. Für nette Plaudereien am Kamin ist jetzt nicht mehr die Zeit. Wenn Dialog, dann gleichberechtigten Dialog, das heißt, die Bedingungen des Dialoges dürfen nicht mehr wie immer 'von oben', sondern von uns mitbestimmt werden. Deshalb dürfen die Aktionen und gewaltfreien Demonstrationen nicht nachlassen.
Folgende Forderungen stehen auf der Tagesordnung:

- umfassende Meinungsfreiheit in den Medien sowie Zulassung unabhängiger Medien,

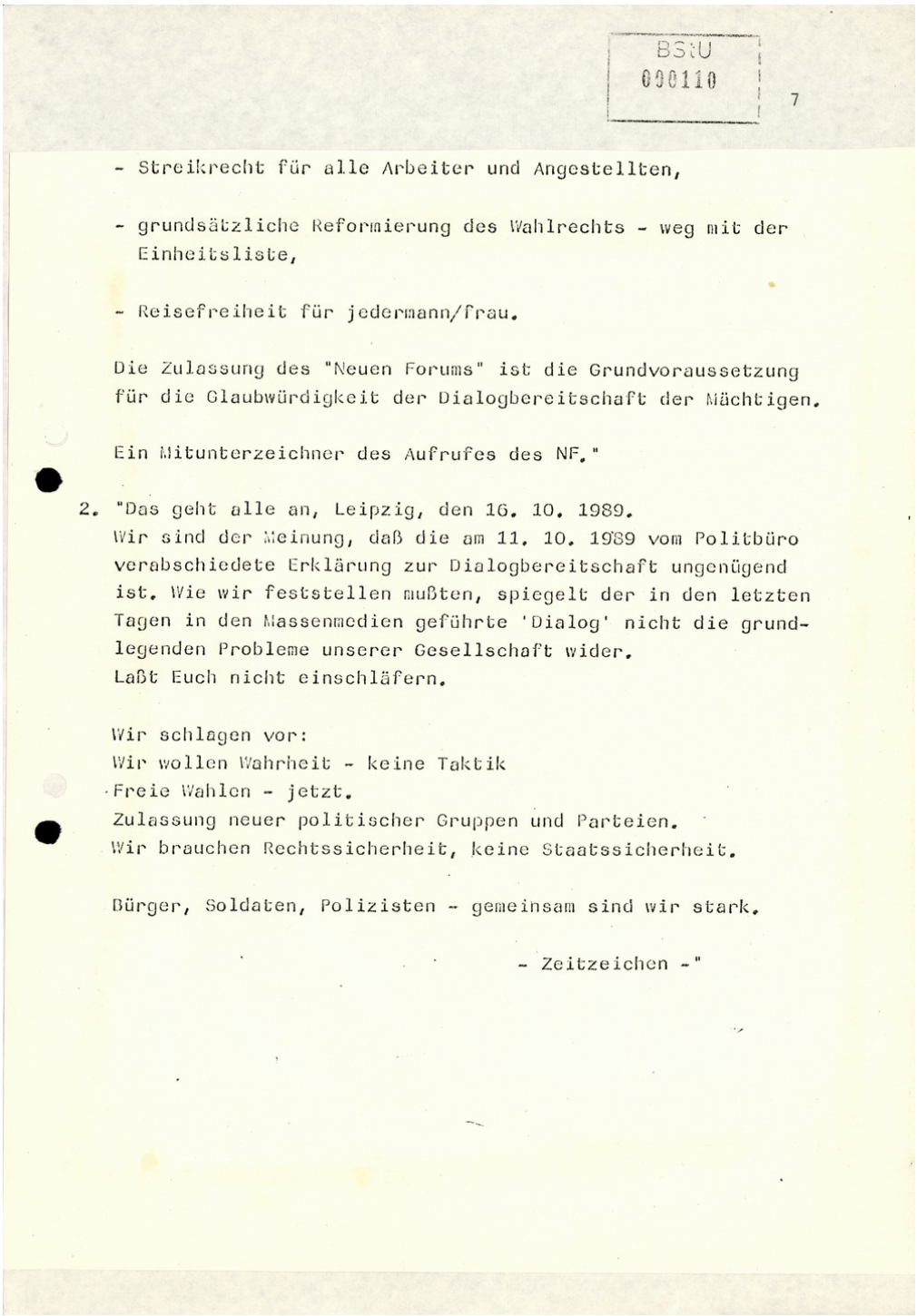
- Zulassung politisch freier Vereinigungen und neuer Parteien, sofern sie antifaschistisch-demokratische Ziele verfolgen,

- freies Demonstrations- und Versammlungsrecht,

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 109

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



BStU
000110

- Streikrecht für alle Arbeiter und Angestellten,

- grundsätzliche Reformierung des Wahlrechts - weg mit der Einheitsliste,

- Reisefreiheit für jedermann/frau.

Die Zulassung des "Neuen Forums" ist die Grundvoraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Dialogbereitschaft der Mächtigen.

Ein Mitunterzeichner des Aufrufes des NF."

2. "Das geht alle an, Leipzig, den 16. 10. 1989.
Wir sind der Meinung, daß die am 11. 10. 1989 vom Politbüro verabschiedete Erklärung zur Dialogbereitschaft ungenügend ist. Wie wir feststellen mußten, spiegelt der in den letzten Tagen in den Massenmedien geführte 'Dialog' nicht die grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft wider.
Laßt Euch nicht einschläfern.

Wir schlagen vor:
Wir wollen Wahrheit - keine Taktik
Freie Wahlen - jetzt.
Zulassung neuer politischer Gruppen und Parteien.
Wir brauchen Rechtssicherheit, keine Staatssicherheit.

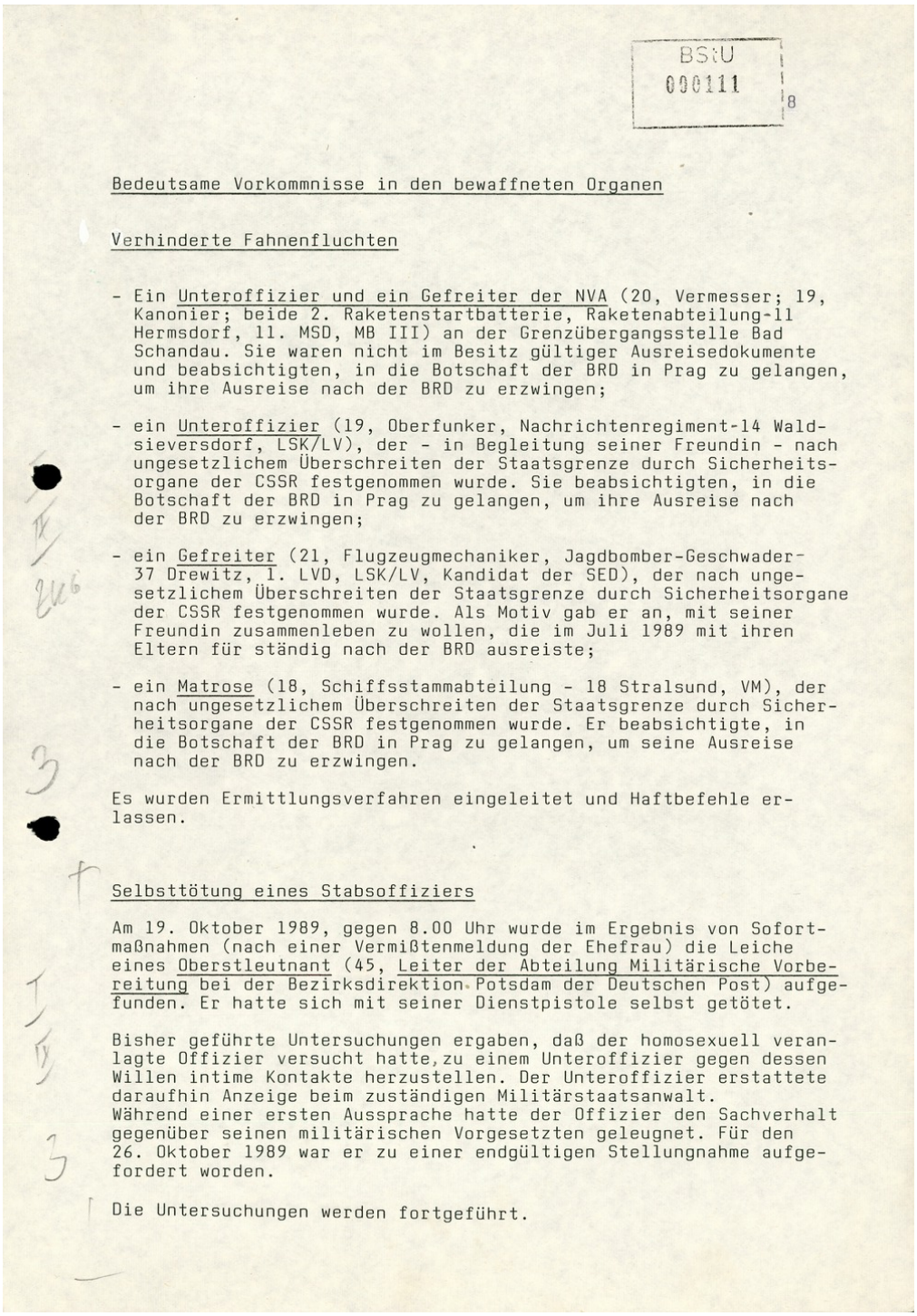
Bürger, Soldaten, Polizisten - gemeinsam sind wir stark.

- Zeitzeichen -"

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 110

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



BStU
000111
8

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen

Verhinderte Fahnenfluchten

- Ein Unteroffizier und ein Gefreiter der NVA (20, Vermesser; 19, Kanonier; beide 2. Raketenstartbatterie, Raketenabteilung-11 Hermsdorf, 11. MSD, MB III) an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau. Sie waren nicht im Besitz gültiger Ausreisedokumente und beabsichtigten, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um ihre Ausreise nach der BRD zu erzwingen;

- ein Unteroffizier (19, Oberfunker, Nachrichtenregiment-14 Waldsieversdorf, LSK/LV), der - in Begleitung seiner Freundin - nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze durch Sicherheitsorgane der CSSR festgenommen wurde. Sie beabsichtigten, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um ihre Ausreise nach der BRD zu erzwingen;

- ein Gefreiter (21, Flugzeugmechaniker, Jagdbomber-Geschwader-37 Drewitz, 1. LVD, LSK/LV, Kandidat der SED), der nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze durch Sicherheitsorgane der CSSR festgenommen wurde. Als Motiv gab er an, mit seiner Freundin zusammenleben zu wollen, die im Juli 1989 mit ihren Eltern für ständig nach der BRD ausreiste;

- ein Matrose (18, Schiffsstammabteilung - 18 Stralsund, VM), der nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze durch Sicherheitsorgane der CSSR festgenommen wurde. Er beabsichtigte, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um seine Ausreise nach der BRD zu erzwingen.

Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.

Selbsttötung eines Stabsoffiziers

Am 19. Oktober 1989, gegen 8.00 Uhr wurde im Ergebnis von Sofortmaßnahmen (nach einer Vermißtenmeldung der Ehefrau) die Leiche eines Oberstleutnant (45, Leiter der Abteilung Militärische Vorbereitung bei der Bezirksdirektion Potsdam der Deutschen Post) aufgefunden. Er hatte sich mit seiner Dienstpistole selbst getötet.

Bisher geführte Untersuchungen ergaben, daß der homosexuell veranlagte Offizier versucht hatte, zu einem Unteroffizier gegen dessen Willen intime Kontakte herzustellen. Der Unteroffizier erstattete daraufhin Anzeige beim zuständigen Militärstaatsanwalt.
Während einer ersten Aussprache hatte der Offizier den Sachverhalt gegenüber seinen militärischen Vorgesetzten geleugnet. Für den 26. Oktober 1989 war er zu einer endgültigen Stellungnahme aufgefordert worden.

Die Untersuchungen werden fortgeführt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 111

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000112
9

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin

GESAMTÜBERSICHT

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 insgesamt

ca. 20 700 Bürger der DDR

mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten.

Davon haben

ca. 8 800 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter

ca. 8 400 Personen über die Ungarische Republik (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der Ungarischen Republik am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Bürger auf über 42 600 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde;

220 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin;

2 964 Personen ihre ständige Ausreise realisiert;

7 767 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;

1 130 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen, darunter 303 Festnahmen durch Angehörige der Grenztruppen der DDR an der Staatsgrenze zur VR Polen.

Darüber hinaus befinden sich mit Stand vom 23. Oktober 1989 ca. 1 920 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer ständigen Ausreise in den Botschaften der BRD bzw. in "Obhut" der diplomatischen Einrichtung in Warschau (ca. 1 800) und Prag (ca. 120).
Im Berichtszeitraum wurde durch die Botschaft der DDR in Warschau auf der Grundlage zentraler Entscheidung 418 Personen nach ihrer Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR die ständige Ausreise in das nichtsozialistische Ausland genehmigt. Ein Teil dieser Personen befindet sich bereits in der BRD.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 112

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000113

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 konnten bisher 2 008 (Vorwoche 2 381) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

1 696 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 1 607 über die Ungarische Republik;

198 Personen unter Mißbrauch von Privatreisen nach der BRD (161) bzw. Westberlin (29) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (8);

89 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;

18 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 14 Jugendtouristenreisen nach der BRD;

4 Personen unter Mißbrauch von Dienstreisen nach der BRD (3) und Brasilien (eine);

3 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD.

Unter den Tätern befinden sich nach vorläufigen Erkenntnissen:

44 Ärzte, darunter 19 Zahnärzte und 1 Tierarzt
38 Diplomingenieure/Ingenieure
10 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer
6 wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten
3 Redakteure
2 Diplombiologen
3 Bauleiter/Projektanten
2 Abteilungsleiter
2 Optiker
6 Zahntechniker
61 Krankenschwestern, med.-techn. Assistentinnen, Krippenerzieherinnen
3 Kindergärtnerinnen
34 Studenten

sowie je ein(e) Fachdirektor, Fachgebietsleiter, Leiter für Marktforschung, Diplompharmazeutin, Diplomphysiker, Bürgermeister und Stadtbaudirektor.

Unter diesen Bürgern befinden sich 25 promovierte Personen und 10 Mitglieder der SED, darunter ein Mitglied einer APO-Leitung.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 113

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000114

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 35 Ärzte, darunter 16 Zahnärzte, u. a.:

  Ein Facharzt für Neurologie und Psychiatrie (37, Chefarzt, Psychiatrische Klinik, Klinikum Berlin-Buch, CDU);

  ein Dozent (42, Dr. sc. med., KMU Leipzig, Bereich Medizin);

  ein Oberarzt (46, Charité Berlin);

  ein Arztehepaar (36, Leiter SMH - Poliklinik Gadebusch; 33, Stationsärztin, Bezirksnervenklinik Schwerin) mit Tochter (8);

  ein Zahnarztehepaar (34, 32, beide Kreiskrankenhaus Oranienburg) mit zwei Kindern (5, 6);

  eine Fachzahnärztin (33, Med. Zentrum Nord, Warnemünde) mit Ehemann (36, Fachdirektor, Interhotel "Neptun" Warnemünde, SED).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

  Ein Diplomingenieur (45, Dr., Bereichsleiter für Informationsverarbeitung, Technische Hochschule Leipzig, SED, Angehöriger der Kampfgruppen der Arbeiterklasse) mit Ehefrau (39, Staatswissenschaftlerin, selbständige Gewerbetreibende - Kunstgewerbe) und Sohn (16);

  ein Ehepaar (30, Dr. phil., KMU Leipzig; 25, Krankenschwester) mit Sohn (4);

  ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (30, Dr., Ingenieurschule für Landtechnik Wartenberg) mit Ehefrau (26, Zahntechnikerin, Poliklinik "F. Wolf" Berlin);

  eine Familie (50, Bürgermeister, Rat des Kreises Heiligenstadt, SED; 47, Lehrerin; 23, Lehrerin, beide POS Ershausen);

  ein Diplomingenieur (43, amtierender Direktor, Molkereigenossenschaft Kyritz, SED);

  ein Stadtbaudirektor (43, Rat der Stadt Markkleeberg, SED, Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung);

  ein Diplombiologe (35, Dr., Zentralinstitut für Medizintechnik Jena).

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000115

Mißbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland, u. a.:

Eine Fachärztin für Allgemeinmedizin (43, Medizinisches Betreuungsgebiet Ebersbach/Dresden);

ein Diplomingenieur für Bauwesen (28, Oberbauleiter, VEB Bau Grabow, FDJ-Initiative Berlin, SED).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 22. Oktober 1989 haben bisher 9 566 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 129 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 193 Ärzte, 76 Zahnärzte, 220 Lehrer und 133 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 453 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 535 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 167 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Mißbrauch von Dienstreisen, u. a.:

Ein Chefarzt (47, Bezirkskrankenhaus Cottbus, Poliklinik, Stomatologische Abteilung, SED, Mitglied der APO-Leitung) unter Ausnutzung seiner Teilnahme an einem Ärztekongreß in Aachen/BRD.

Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a.:

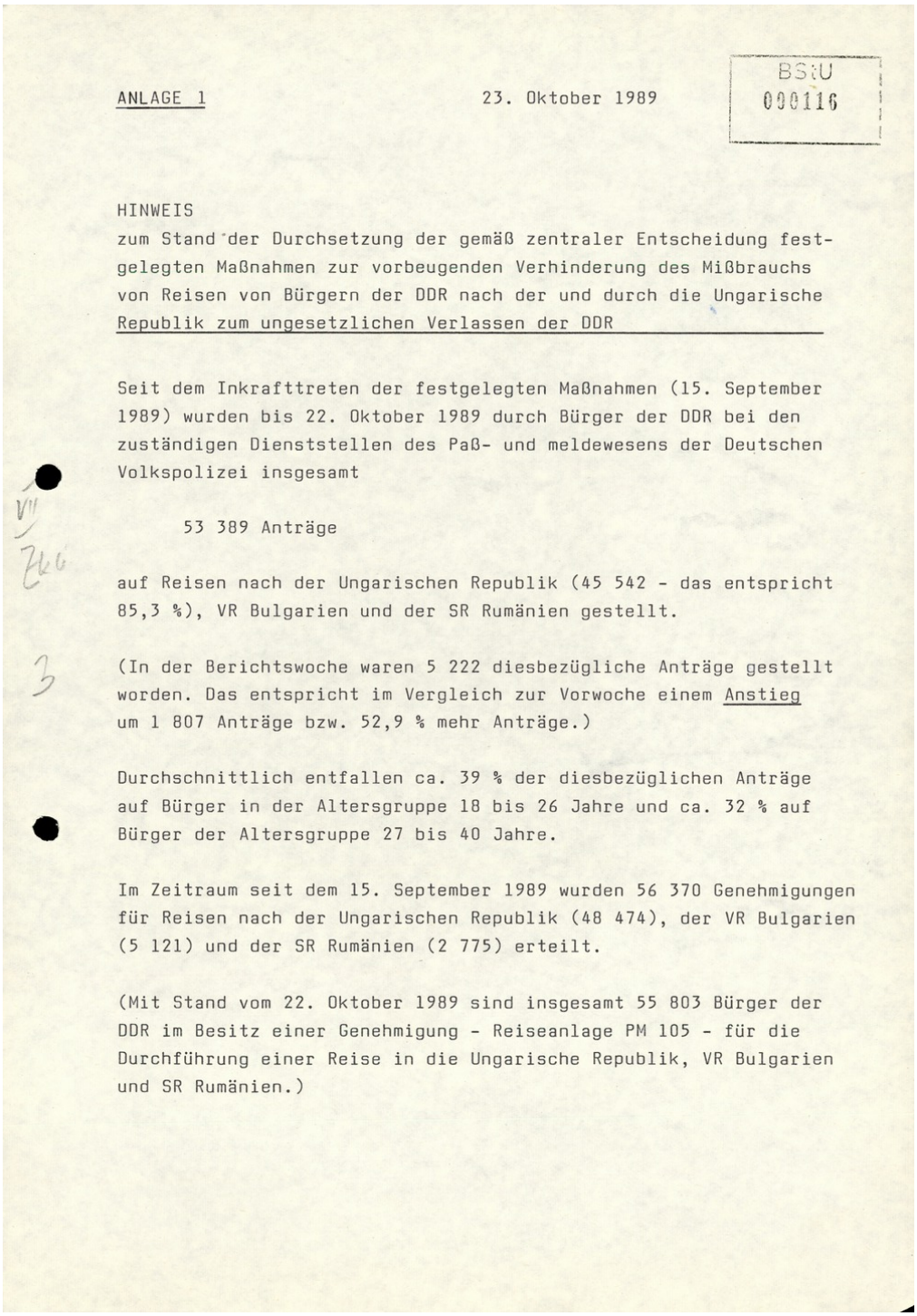
Ein Arzt (47, Leiter Betriebsambulatorium des VEB ROBOTRON Zella-Mehlis) mit Ehefrau (41, Krankenschwester im genannten Betrieb) und Tochter (20, Krankenschwester, Bezirkskrankenhaus Suhl) nach der BRD.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Motive, begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Maßnahmen zur Rückgewinnung wurden eingeleitet.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 115

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



ANLAGE 1 23. Oktober 1989

BStU
000116

HINWEIS
zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische Republik zum ungesetzlichen Verlassen der DDR

Seit dem Inkrafttreten der festgelegten Maßnahmen (15. September 1989) wurden bis 22. Oktober 1989 durch Bürger der DDR bei den zuständigen Dienststellen des Paß- und meldewesens der Deutschen Volkspolizei insgesamt

53 389 Anträge

auf Reisen nach der Ungarischen Republik (45 542 - das entspricht 85,3 %), VR Bulgarien und der SR Rumänien gestellt.

(In der Berichtswoche waren 5 222 diesbezügliche Anträge gestellt worden. Das entspricht im Vergleich zur Vorwoche einem Anstieg um 1 807 Anträge bzw. 52,9 % mehr Anträge.)

Durchschnittlich entfallen ca. 39 % der diesbezüglichen Anträge auf Bürger in der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre und ca. 32 % auf Bürger der Altersgruppe 27 bis 40 Jahre.

Im Zeitraum seit dem 15. September 1989 wurden 56 370 Genehmigungen für Reisen nach der Ungarischen Republik (48 474), der VR Bulgarien (5 121) und der SR Rumänien (2 775) erteilt.

(Mit Stand vom 22. Oktober 1989 sind insgesamt 55 803 Bürger der DDR im Besitz einer Genehmigung - Reiseanlage PM 105 - für die Durchführung einer Reise in die Ungarische Republik, VR Bulgarien und SR Rumänien.)

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 116

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000117
2

Seit dem 15. September 1989 wurden unter Zugrundelegung der entsprechenden Kriterien insgesamt 17 054 Anträge abgelehnt und 765 bereits erteilte Genehmigungen (Reiseanlagen PM-105) von den Bürgern wieder eingezogen.

49,5 % der ausgesprochenen Ablehnungen und 42,3 % der eingezogenen PM-105 betreffen Bürger, die Anträge auf ständige Ausreise gestellt haben bzw. zu deren diesbezüglichen Anträgen die Ablehnung ausgesprochen worden war.

Gegenüber den betroffenen Bürgern wurde die Ablehnung der Anträge gemäß §§ 13 - 15 der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (RVO) vom 30. November 1988 begründet; davon

8 473 Ablehnungen zum Schutz der nationalen Sicherheit,

2 694 Ablehnungen zum Schutz der Landesverteidigung,

3 981 Ablehnungen auf Grund des Vorliegens von Versagungsgründen gemäß § 14 (1) RVO,

1 906 Ablehnungen auf Grund des nicht ausreichend gewährleisteten Rechtsschutzes für Bürger der DDR während ihres Auslandsaufenthaltes.

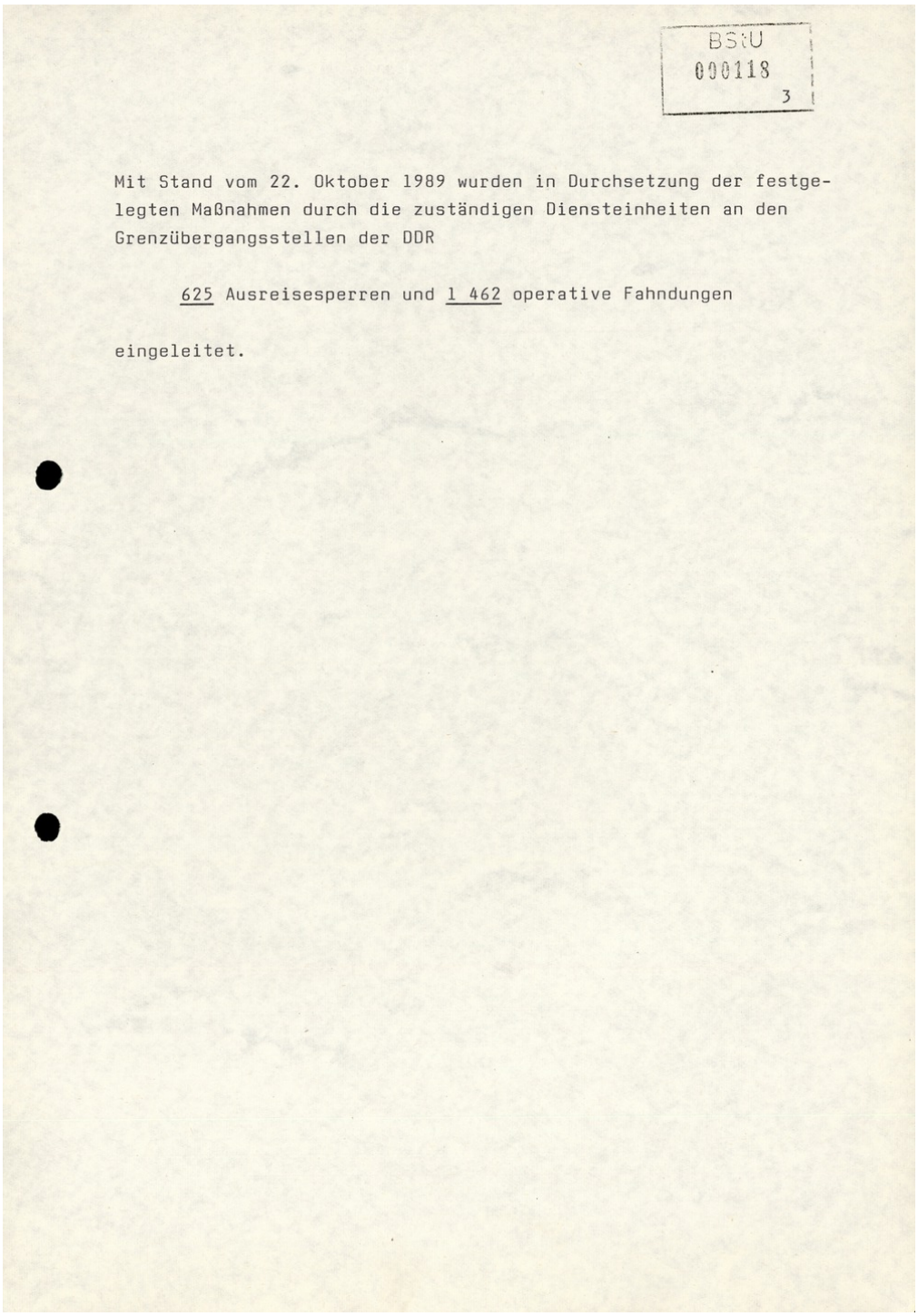
Bisher wurde gegen 2 432 ausgesprochene Ablehnungen (= 14,3 % aller ausgesprochenen Ablehnungen) das in der RVO eingeräumte Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt.

An den Grenzübergangsstellen der DDR zur CSSR bzw. am Flughafen Berlin-Schönefeld wurde seit dem 15. September 1989 1 223 Bürgern der DDR auf Grund des Vorliegens von Verdachtshinweisen auf den Mißbrauch erteilter Reisegenehmigungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR die Ausreise aus der DDR nicht gestattet und die Durchführung von Verdachtsprüfungshandlungen veranlaßt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 117

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



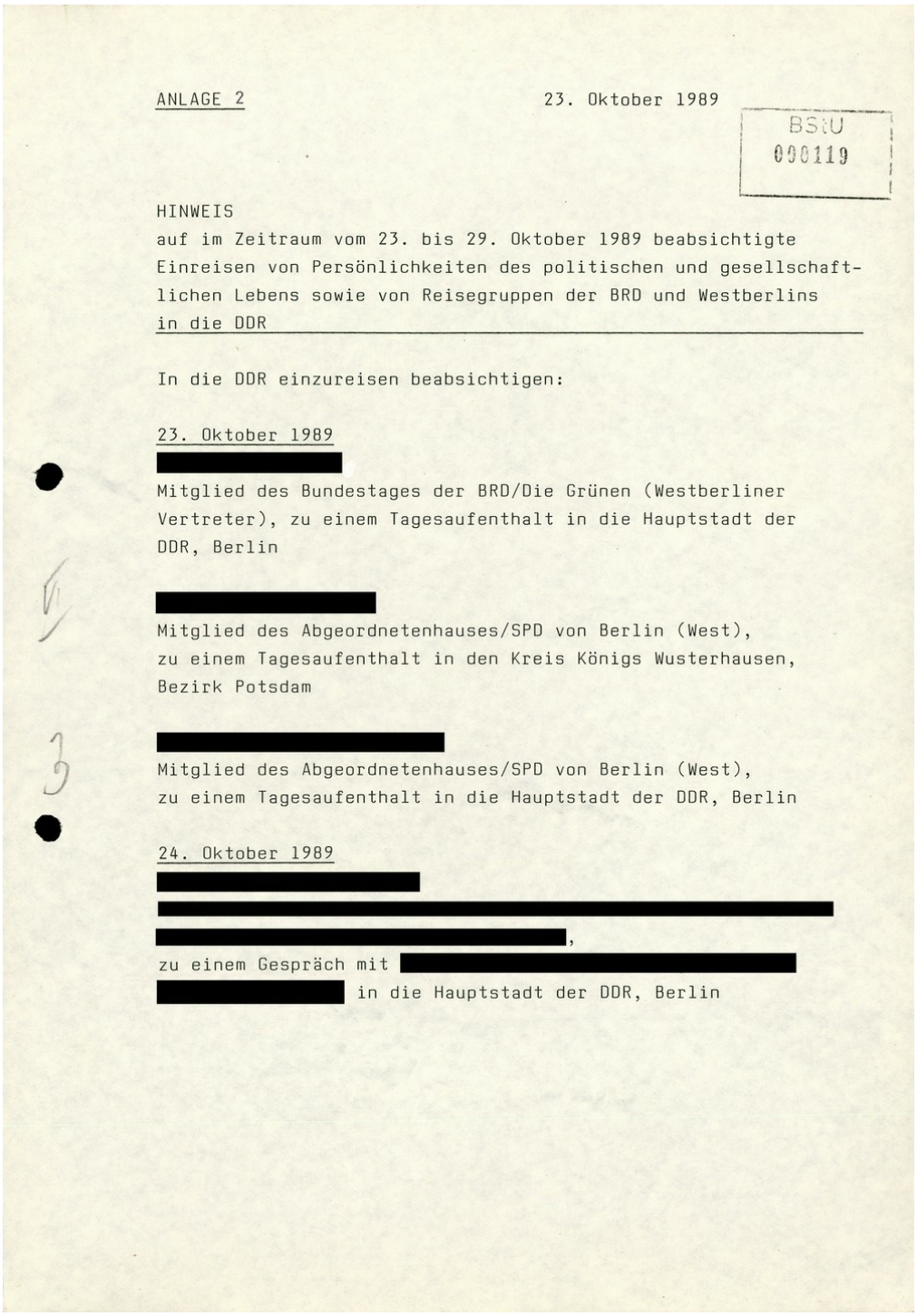
BStU
000118
3

Mit Stand vom 22. Oktober 1989 wurden in Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen durch die zuständigen Diensteinheiten an den Grenzübergangsstellen der DDR

625 Ausreisesperren und 1 462 operative Fahndungen

eingeleitet.

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



ANLAGE 2 23. Oktober 1989

BStU
000119

HINWEIS
auf im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR

In die DDR einzureisen beabsichtigen:

23. Oktober 1989

[redacted]
Mitglied des Bundestages der BRD/Die Grünen (Westberliner Vertreter), zu einem Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin

[redacted]
Mitglied des Abgeordnetenhauses/SPD von Berlin (West), zu einem Tagesaufenthalt in den Kreis Königs Wusterhausen, Bezirk Potsdam

[redacted]
Mitglied des Abgeordnetenhauses/SPD von Berlin (West), zu einem Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin

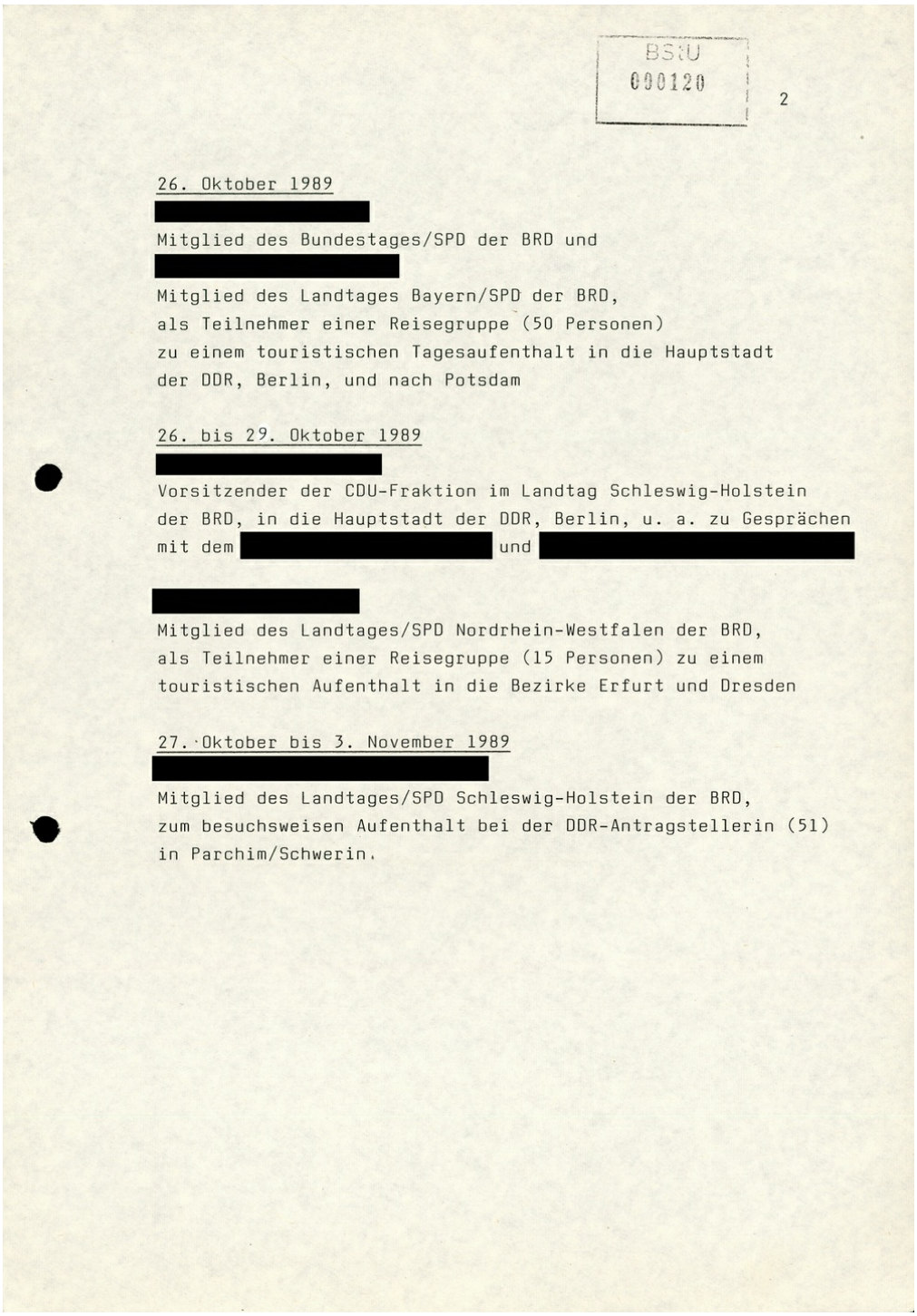
24. Oktober 1989

[redacted]
zu einem Gespräch mit [redacted] in die Hauptstadt der DDR, Berlin

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 119

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



BStU
000120

26. Oktober 1989

[redacted]
Mitglied des Bundestages/SPD der BRD und
[redacted]
Mitglied des Landtages Bayern/SPD der BRD,
als Teilnehmer einer Reisegruppe (50 Personen)
zu einem touristischen Tagesaufenthalt in die Hauptstadt
der DDR, Berlin, und nach Potsdam

26. bis 29. Oktober 1989

[redacted]
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein
der BRD, in die Hauptstadt der DDR, Berlin, u. a. zu Gesprächen
mit dem [redacted] und [redacted]

[redacted]
Mitglied des Landtages/SPD Nordrhein-Westfalen der BRD,
als Teilnehmer einer Reisegruppe (15 Personen) zu einem
touristischen Aufenthalt in die Bezirke Erfurt und Dresden

27. Oktober bis 3. November 1989

[redacted]
Mitglied des Landtages/SPD Schleswig-Holstein der BRD,
zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (51)
in Parchim/Schwerin.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 120

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

ANLAGE 3

23. Oktober 1989

STRENG GEHEIM

BStU
000121

Hinweise
zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin
(ohne Alters- und Invalidenrentner)

Berichtswoche: 16. 10. - 22. 10. 1989

Seit dem 1. Januar 1989 wurden durch die zuständigen Organe Inneres der Räte Anträge auf ständige Ausreise nach der BRD bzw. Westberlin für insgesamt 181 543 Bürger der DDR entgegengenommen.
Davon reichten in der Berichtswoche 7 767 (6 734)x Bürger der DDR ihre Anträge bei den zuständigen Organen Inneres ein.
Die meisten Antragsteller wurden bisher registriert in den Bezirken Dresden/34 247 Personen, Karl-Marx-Stadt/28 430, Berlin/23 112 und Leipzig/22 860.

Im Ergebnis der Gesprächsführung konnte seit dem 1. Januar 1989 bei 3 967 Antragstellern die Abstandnahme von ihrem Vorhaben der ständigen Ausreise erreicht werden, davon 424 (232) in der Berichtswoche.

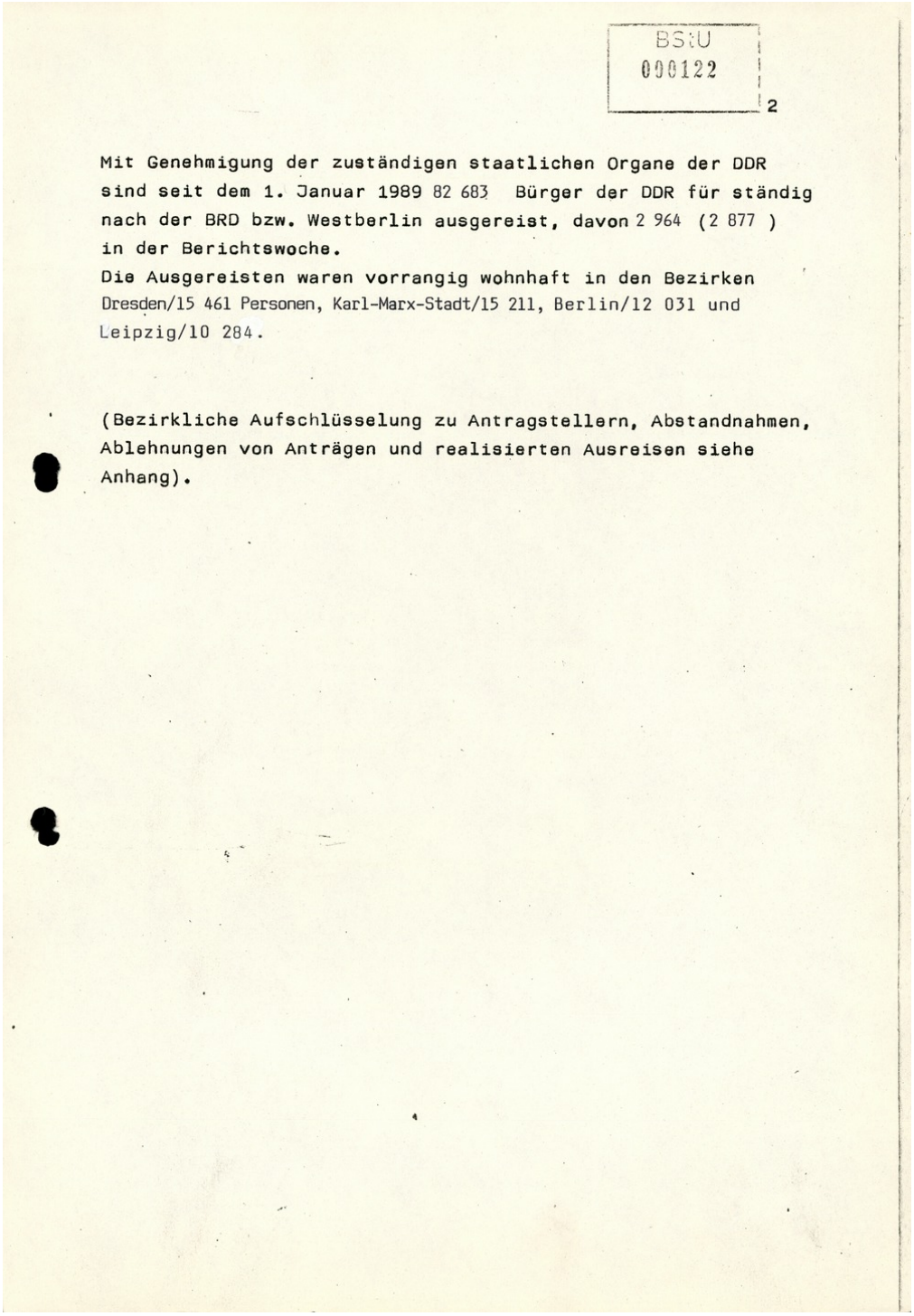
Im Rahmen der Bearbeitung wurden seit dem 1. Januar 1989 auf der Grundlage der RVO die Ausreiseanträge von 26 403 Bürgern der DDR abgelehnt, davon 42 (67) in der Berichtswoche.

x Klammerzahlen beziehen sich auf die Vorwoche

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 121

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



BStU
000122

2

Mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der DDR sind seit dem 1. Januar 1989 82 683 Bürger der DDR für ständig nach der BRD bzw. Westberlin ausgereist, davon 2 964 (2 877) in der Berichtswoche.
Die Ausgereisten waren vorrangig wohnhaft in den Bezirken Dresden/15 461 Personen, Karl-Marx-Stadt/15 211, Berlin/12 031 und Leipzig/10 284.

(Bezirkliche Aufschlüsselung zu Antragstellern, Abstandnahmen, Ablehnungen von Anträgen und realisierten Ausreisen siehe Anhang).

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 122

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

Anhang

Statistische Übersicht (Personen)

Zeitraum: 1. 1. 1989 bis 22. 10. 1989

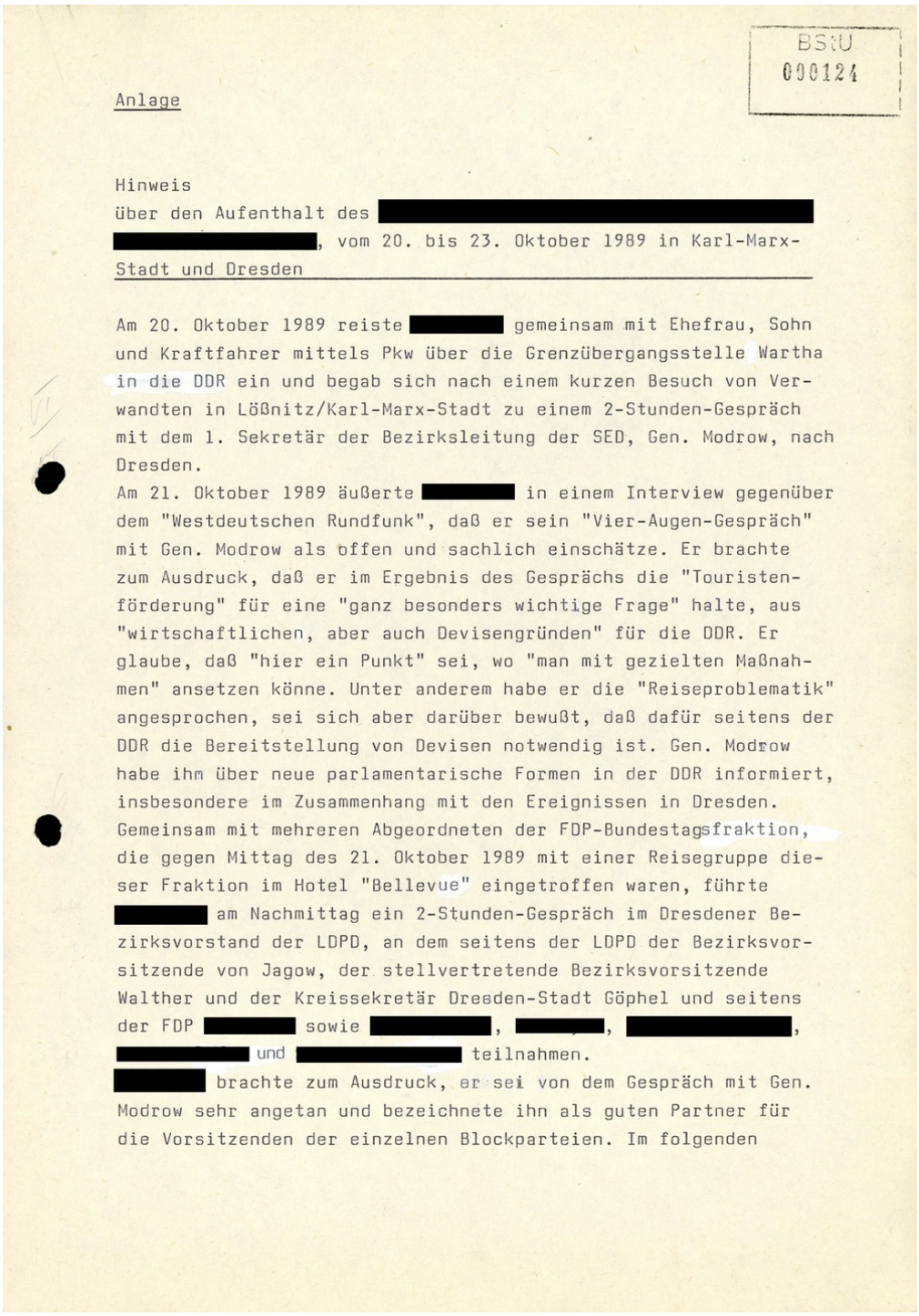
	entgegengenommene Ausreiseanträge	Abstandnahmen	Ablehnungen	Ausreisen
Berlin	23 112	494	2 655	12 031
Cottbus	5 883	130	958	2 053
Dresden	34 247	613	8 150	15 461
Erfurt	12 154	280	1 858	4 906
Frankfurt/O.	4 786	132	849	1 841
Gera	12 222	245	992	6 202
Halle	12 541	301	1 396	5 561
K.-M.-Stadt	28 430	673	2 114	15 211
Leipzig	22 860	449	859	10 284
Magdeburg	5 552	139	2 154	1 453
Neubrandenburg	1 879	48	444	729
Potsdam	8 984	233	1 702	3 401
Rostock	4 269	82	1 336	1 855
Schwerin	2 622	62	585	946
Suhl	2 002	86	351	749
gesamt	181 543	3 967	26 403	82 683

BStU 000123

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 123

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



BStU
000124

Anlage

Hinweis
über den Aufenthalt des [redacted], vom 20. bis 23. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt und Dresden

Am 20. Oktober 1989 reiste [redacted] gemeinsam mit Ehefrau, Sohn und Kraftfahrer mittels Pkw über die Grenzübergangsstelle Wartha in die DDR ein und begab sich nach einem kurzen Besuch von Verwandten in Lößnitz/Karl-Marx-Stadt zu einem 2-Stunden-Gespräch mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Gen. Modrow, nach Dresden.
Am 21. Oktober 1989 äußerte [redacted] in einem Interview gegenüber dem "Westdeutschen Rundfunk", daß er sein "Vier-Augen-Gespräch" mit Gen. Modrow als offen und sachlich einschätze. Er brachte zum Ausdruck, daß er im Ergebnis des Gesprächs die "Touristenförderung" für eine "ganz besonders wichtige Frage" halte, aus "wirtschaftlichen, aber auch Devisengründen" für die DDR. Er glaube, daß "hier ein Punkt" sei, wo "man mit gezielten Maßnahmen" ansetzen könne. Unter anderem habe er die "Reiseproblematik" angesprochen, sei sich aber darüber bewußt, daß dafür seitens der DDR die Bereitstellung von Devisen notwendig ist. Gen. Modrow habe ihm über neue parlamentarische Formen in der DDR informiert, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen in Dresden.
Gemeinsam mit mehreren Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion, die gegen Mittag des 21. Oktober 1989 mit einer Reisegruppe dieser Fraktion im Hotel "Bellevue" eingetroffen waren, führte [redacted] am Nachmittag ein 2-Stunden-Gespräch im Dresdener Bezirksvorstand der LDPD, an dem seitens der LDPD der Bezirksvorsitzende von Jagow, der stellvertretende Bezirksvorsitzende Walther und der Kreissekretär Dresden-Stadt Göphel und seitens der FDP [redacted] sowie [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] und [redacted] teilnahmen.
[redacted] brachte zum Ausdruck, er sei von dem Gespräch mit Gen. Modrow sehr angetan und bezeichnete ihn als guten Partner für die Vorsitzenden der einzelnen Blockparteien. Im folgenden

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 124

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000125
2

wurden seitens der FDP-Delegation Fragen zur gegenwärtigen Situation in der DDR gestellt, so z. B. welche Chance die LDPD dem neuen Generalsekretär des ZK der SED einräume, ob es sich hierbei um eine vorübergehende Regelung handle oder ob er länger im Amt bleiben würde.

Zum "Neuen Forum" sagte [redacted], daß er dieser "Bewegung" mit Skepsis gegenüberstehe, da sie wenig übersichtlich sei. Er vertrat die Auffassung, eine derartige "Organisation" sei nicht notwendig. In seinen Augen und auch denen seiner Parteifreunde sei das "Neue Forum" in keiner Weise mit "Solidarnocs" zu vergleichen.

Auf entsprechende Fragen zu Problemen der Bündnispolitik in der DDR erklärte von Jagow, daß sie entsprechend den derzeitigen Bedingungen auf eine höhere Stufe gestellt und die Rolle der einzelnen Blockparteien angehoben werde.
Auf Fragen zur altersmäßigen und sozialen Zusammensetzung der Teilnehmer der Demonstrationen der vergangenen Tage wurde der FDP-Delegation erklärt, daß die überwiegende Mehrheit aus Sorge demonstriert habe, aber mit der Bereitschaft, hier in der DDR an der Beseitigung von entstandenen Problemen mitzuhelfen.

Abschließend wurde durch von Jagow unmißverständlich gefordert, daß seitens BRD-Politiker Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der DDR unterbleiben müßten.

Auf einer Pressekonferenz am Nachmittag des 21. Oktober 1989 nahm [redacted] u. a. eine Einschätzung der Person des Gen. Modrow vor. Er sei der "Hoffnungsträger" und Sozialist, undogmatisch, zielbewußt und in der Lage, Vertrauen auszustrahlen und aufzubauen. Sein Sachverständnis überzeuge.
Der neue Generalsekretär des ZK der SED sei zwar nicht der "Hoffnungsträger", könnte jedoch "viel auf sein Konto" schreiben, wenn es ihm gelänge,

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 125

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000126

- "die Reiseproblematik für den Bürger zu lösen, wie freie Aus- und Wiedereinreise für geflüchtete Bürger",

- "das Leistungsprinzip spürbar durchzusetzen",

- "Devisenbringer im gewissen Maße auch zum Devisennutzer zu machen",

- "auf parlamentarischem Wege Verbindungen der Kommune (Städtepartnerschaften, Parlamentverbindungen) untereinander zu fördern",

- "Oppositionsvertreter in die Verantwortung einzubeziehen, wie es am Donnerstag in Dresden geplant ist",

- "wie Prof. Dr. Gerlach, LDPD, meint, die sozialistische Demokratie zu erlernen",

- "dem Menschen zu beweisen, daß er sich mehr leisten kann, wenn er selbst mehr leistet".

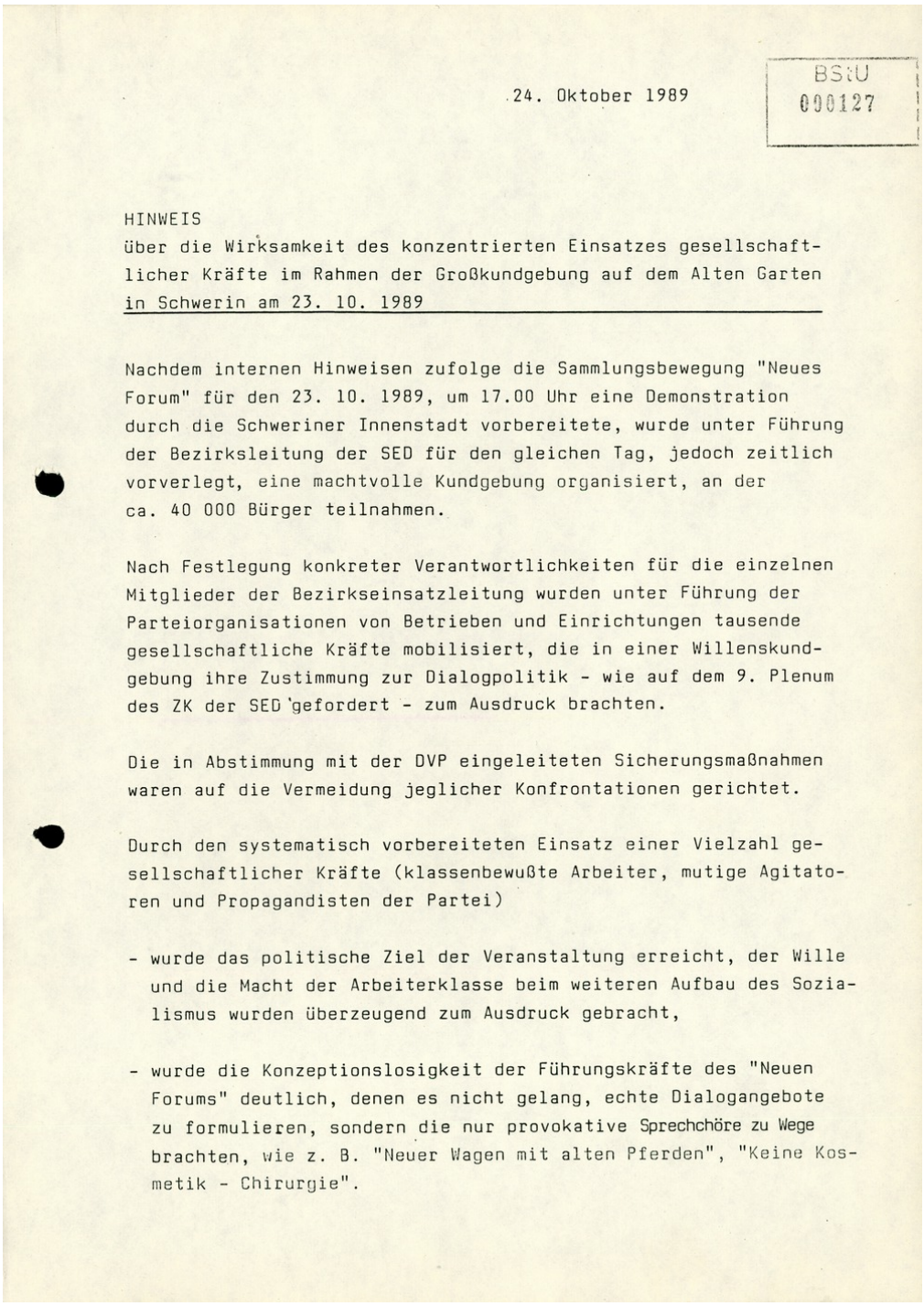
Am 22. Oktober 1989 reiste [redacted] nach Karl-Marx-Stadt weiter, wo er ein 2-Stunden-Gespräch mit dem dortigen Vorsitzenden des LDPD-Bezirksvorstandes, Schicke, führte. (Über den Inhalt liegen keine Erkenntnisse vor.)
Nach dem Besuch des Revueprogramms: "Musik, die Ihnen Freude bereitet" in der Stadthalle von Karl-Marx-Stadt - zu dessen Beginn [redacted] durch [redacted] begrüßt wurde - waren am Abend des 22. Oktober 1989 im Interhotel "Kongreß" neben Verwandten die Sängerin [redacted] sowie [redacted], jeweils mit Ehepartner, [redacted] Gäste.
Am Morgen des 23. Oktober 1989 reiste [redacted] von Karl-Marx-Stadt nach Westberlin, um den Regierenden Bürgermeister Walter Momper zu treffen.

[redacted] wird am 24. Oktober 1989 in der Hauptstadt mit dem Vorsitzenden der LPDP, Prof. Dr. Gerlach, zusammentreffen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 126

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989



24. Oktober 1989

BStU
000127

HINWEIS
über die Wirksamkeit des konzentrierten Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte im Rahmen der Großkundgebung auf dem Alten Garten in Schwerin am 23. 10. 1989

Nachdem internen Hinweisen zufolge die Sammlungsbewegung "Neues Forum" für den 23. 10. 1989, um 17.00 Uhr eine Demonstration durch die Schweriner Innenstadt vorbereitete, wurde unter Führung der Bezirksleitung der SED für den gleichen Tag, jedoch zeitlich vorverlegt, eine machtvolle Kundgebung organisiert, an der ca. 40 000 Bürger teilnahmen.

Nach Festlegung konkreter Verantwortlichkeiten für die einzelnen Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung wurden unter Führung der Parteiorganisationen von Betrieben und Einrichtungen tausende gesellschaftliche Kräfte mobilisiert, die in einer Willenskundgebung ihre Zustimmung zur Dialogpolitik - wie auf dem 9. Plenum des ZK der SED gefordert - zum Ausdruck brachten.

Die in Abstimmung mit der DVP eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen waren auf die Vermeidung jeglicher Konfrontationen gerichtet.

Durch den systematisch vorbereiteten Einsatz einer Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte (klassenbewußte Arbeiter, mutige Agitatoren und Propagandisten der Partei)

- wurde das politische Ziel der Veranstaltung erreicht, der Wille und die Macht der Arbeiterklasse beim weiteren Aufbau des Sozialismus wurden überzeugend zum Ausdruck gebracht,

- wurde die Konzeptionslosigkeit der Führungskräfte des "Neuen Forums" deutlich, denen es nicht gelang, echte Dialogangebote zu formulieren, sondern die nur provokative Sprechchöre zu Wege brachten, wie z. B. "Neuer Wagen mit alten Pferden", "Keine Kosmetik - Chirurgie".

Wochenübersicht Nr. 43/89 vom 23. Oktober 1989

BStU
000128 2

- wurden Führungskräfte des "Neuen Forums" und die mit ihnen zusammenarbeitenden Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit durch Randalierer, Rowdys, asoziale Elemente und alkoholisierte Demonstranten faktisch kompromittiert.

Vertretern des "Neuen Forums" wurde in diesem Zusammenhang verwehrt, sich von der Tribüne aus zu artikulieren.

Nachdem gegen 17.30 Uhr durch den Oberbürgermeister von Schwerin die Kundgebung beendet worden war, demonstrierten ca. 900 vorwiegend Jugendliche/Jungerwachsene unmittelbar vor der Bezirksleitung der SED und anderen Örtlichkeiten unter Führung namentlich bekannter Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit sowie kirchlicher Amtsträger, skandierten antisozialistische Parolen und stellten brennende Kerzen sowie Transparente vor dem Portal der Objekte ab. Mit der Mitteilung, "Montag kommen wir wieder", begann sich die Demonstration aufzulösen.

Der Demonstrationszug erreichte infolge Begleitung durch Schaulustige teilweise eine Stärke bis zu 7 000 Personen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 104-128

Blatt 128